

Ríos Montt gerät unter Druck

Mit der Anklage Rigoberta Menchú's beim Obersten Spanischen Gerichtshof und der Klage der *Vereinigung von Familienangehörigen Verschwundener* (FAMADEGUA) bezüglich des Massakers von *Dos Erres* vor der guatemaltekischen Justiz scheint es so, als ob General Efraín Ríos Montt – besser spät als nie – zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Es besteht die Hoffnung, nach dem gescheiterten Versuch, General Pinochet vor ein internationales Gericht zu bringen, dies mit Ríos Montt zu schaffen. Auf nationaler Ebene jedoch droht ein Eklat innerhalb der Regierung.

Die Facts

Am 27. März entschied der spanische Richter Guillermo Ruiz Polanco, dass das spanische Nationalgericht die Kompetenz hat, auf die Anfang Dezember letzten Jahres von der guatemaltekischen Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eingereichten Klage gegen Ríos Montt einzugehen.

Insgesamt werden acht Personen angeklagt: Die Generäle und Expräsidenten Oscar Humberto Mejía Víctores, José Efraín Ríos Montt und Fernando Romero Lucas García, der ehemalige Verteidigungsminister General Angel Aníbal Guevara Rodríguez, der ehemalige Innenminister Donaldo Álvarez Ruiz, der ehemalige Chef des Präsidialen Generalstabs (EMP) Benedicto Lucas García und die ehemaligen Polizeichefs Germán Chupina Barahona und Pedro García Arredondo.

Neben der Klage bezüglich des Brandes der spanischen Botschaft in Guatemala, bei dem am 31. Januar 1980 39 Personen, unter ihnen der Vater von Rigoberta Menchú umkamen, präsentierte sie ausserdem Anklage im Falle der Verfolgung und Ermordung eines Teils ihrer Familienangehörigen und vier spanischer Priester.

In seinem Bericht erklärte Richter Polanco, es sei noch nicht bewiesen, dass die von Klägerinnenseite eingebrachten Anschuldigungen wirklich stimmten oder nicht. Doch gebe es genug Indizien, um zu beweisen, dass in Guatemala ein systematischer Völkermord gegen die indigene Bevölkerung stattgefunden habe und dies allein sei Grund genug, der Anklage stattzugeben.

Polanco meinte auch, dass es eigentlich Sache der guatemaltekischen Justiz sein müsste, der Klage nachzugehen. Da sie dies im konkreten Fall nicht gemacht habe, gebe es keinen Grund, sich über eine 'Fremdeinmischung' in guatemaltekische Staatsangelegenheiten zu beschweren. Ausserdem verteidige er im Falle des Überfalls auf die spanische Botschaft in Guatemala auch spanische Interessen.

Einige Tage später reichte die spanische Staatsanwaltschaft beim Obersten Gerichtshof einen Rekurs ein und bat, den 'Fall Guatemala' zu den Akten zu legen. Begründet wurde dieser Rekurs einerseits damit, dass Guatemala selber die Bereitschaft gezeigt habe, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ausserdem seien die angeklagten Geschehnisse während des Bürgerkrieges passiert und seien somit dem

Kriegsrecht unterstellt. Dies unterscheidet den Fall Guatemala von anderen Fällen wie zum Beispiel Chile oder Argentinien.

Trotz dieser Einsprache (eine solche hatte die Staatsanwaltschaft übrigens auch im Fall Pinochet gemacht), weist alles darauf hin, dass es zu einer Untersuchung gegen Ríos Montt in Spanien kommen wird.

Der 'Kriegsrecht'- Argumentation widersprach der Anwalt der spanischen Gewerkschaftsvereinigung, Antonio García, vehement, indem er meinte, von diesem Standpunkt aus gesehen hätten auch gegen die Nazis nie Prozesse geführt werden können. García findet es haarsträubend, dass das Kriegsrecht herbeigezogen wird um solche Schreckenstaten nicht zu ahnden.

Die Unterstützung

Zum jetzigen Zeitpunkt unterstützen rund fünfzehn guatemaltekische und spanische Menschenrechtsorganisationen, Gruppen und Einzelpersonen die Klage der Nobelpreisträgerin, so z.B. die *Gruppe gegenseitiger Unterstützung* (GAM), die *Nationale Witwenkoordination* (CO-NAVIGUA), die *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen* (FAMDEGUA), der Rat der Mayaorganisationen *Tukum Umán*, die *Spanische Gewerkschaftsvereinigung* (CC.OO.) die *Vereinigung gegen Folter*, die spanischen Solidaritätskomitees mit Guatemala sowie der guatemaltekische Schriftsteller und Autor des Buches 'Masacre en la Selva', Ricardo Falla.

Einige von ihnen reichten ihre eigenen Klagen ein, bei denen es um andere, zusätzlich zu behandelnde Fälle geht. Als PrivatklägerInnen kommen Familienangehörige der Schriftstellerin und Journalistin Adaíde Foppa und der beiden spanischen Priester Faustino Villanueva und José María Gran Cirera dazu.

Die Anwältin Isabel Calvo Villora, Vertreterin verschiedener nationaler und internationaler Gruppen, die alle die GAM unterstützen, reichte Anklage gegen acht weitere aktuelle und ehemalige guatemaltekische Funktionäre ein. Die Klage beruht auf der Verhaftung und Folterung von zehn StudentInnen durch die guatemaltekischen Sicherheitskräfte im August 1989. Fünf davon wurden ermordet aufgefunden, die anderen fünf sind seither verschwun-

den. Die zusätzliche Anklage richtet sich gegen den ehemaligen Präsidenten und heutigen Kongressabgeordneten Viniño Cerezo Arévalo, dessen damaliger Vizepräsident Roberto Carpio Nicolle sowie den damaligen Verteidigungsminister Hector Alejandro Gramajo. Weiter betrifft sie Carlos Morales Villatoro (Ex-Innenminister), General Manuel Antonio Callejas y Callejas (Ex-Generalstab Verteidigung), Oberst Roberto Matta Gálvez (Ex-Generalstab des Präsidialamtes), Oberst Julio Enrique Caballeros Seigné (Ex-Polizeidirektor), und General Guillermo Echeverría Vielman (Ex-Direktor der Finanzpolizei).

Die Reaktion der Betroffenen

Rigoberta Menchú zeigte sich glücklich über die Entscheidung von Richter Ruiz Polanco und hoffnungsvoll, dass den Opfern des Genozids doch noch Gerechtigkeit widerfahren wird. Innerhalb der nächsten Tage will sie die nötigen Beweisdokumente und die Namen der ZeugInnen einreichen. Falls sich die Angeklagten nicht zu Aussagen bereit erklären, will sie veranlassen, dass das spanische Gericht Haftbefehle gegen sie ausstellt.

Ríos Montt selber gab zum Thema eine Pressekonferenz, wo er selbstsicher und sehr sarkastisch auftrat. U. a. erklärte er, dass er mit der ganzen Sache nichts zu tun habe, er fürchte nur Gott und sonst niemanden. Einmal mehr leugnete er, dass es Massaker, wie sie unter anderem im Bericht der Wahrheitskommission beschrieben sind, überhaupt gegeben hat. Wären ihm zu seiner Regierungszeit solche Sachen zu Ohren gekommen, hätte er die Verantwortlichen bestraft. Er lasse sich auch nicht von seinen vorgesehenen Auslandsreisen in die USA und nach Frankreich abhalten, meinte er.

Der frühere spanische Botschafter in Guatemala, Máximo Cajal y Lopez versicherte, er freue sich darauf, zu den Geschehnissen während des Brandes der spanischen Botschaft 1980 vor Gericht aussagen zu dürfen. Er sagte, unabhängig davon, wer die Botschaft angezündet habe, stehe fest, dass die Polizei den Befehl hatte, niemanden, auch ihn nicht, lebend herauszulassen.

Zwischenstaatliche Beziehungen gestört?

So wie die Klage Menchú's schon im Dezember eine grosse Polemik, Angriffe und gegenseitige Anschuldigungen im In- und Ausland ausgelöst hatte, geht es jetzt auch weiter: An einem Tag stand in einigen Zeitungen, die gua-

temalteckische Regierung breche die Zusammenarbeit mit Spanien zur Verbesserung der zivilen Nationalpolizei ab, anderntags hiess es, die guatemalteckisch-spanische Beziehung sei völlig normal. Der spanische Aussenminister dementierte denn auch die Gerüchte, laut denen die Polizeihilfe Spaniens an Guatemala durch die Klage Rigoberta Menchú's gestoppt werde.

Auch die Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung Ríos Montt's in den USA oder in Frankreich ist relativ gering: In den USA haben auch andere guatemalteckische Menschenrechtsverletzer, wie z.B. der ebenfalls angeklagte, ehemalige Innenminister Donaldo Alvarez Ruíz, Unterschlupf gefunden. Und auch wenn Jaques Chirac ein persönlicher Freund Rigobertas ist, wird Frankreich kaum die Rolle übernehmen wollen, die England im Fall Pinochets gespielt hat.

Innerstaatliche Beziehungen gestört!

Die ersten Reaktionen auf den Entscheid des Obersten Spanischen Gerichts deuten in Richtung Polarisierung: Die Anschuldigungen gegen Rigoberta Menchú seitens eines nordamerikanischen Anthropologen, der behauptet, sie habe ihre Lebensgeschichte, durch die sie den Friedensnobelpreis gewonnen hat, erfunden, wurden sofort wieder aufgenommen. Auch sind Anschuldigungen gegen die URNG bezüglich eigener Menschenrechtsverletzungen plötzlich wieder ein Thema.

Die aktuelle Situation wird zweifellos zu Meinungsverschiedenheiten und Schlammschlachten innerhalb der guatemalteckischen Gesellschaft führen, speziell zwischen den VerteidigerInnen der Angeschuldigten und den BefürworterInnen der Anklage. Dies wird unweigerlich auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung führen.

Die Pressesprecherin der Regierung, Fernanda Castejón, gab bekannt, dass sich die Regierung nicht in die Angelegenheit einmischen werde. Die Position der Regierung sei es schon immer gewesen, die drei Staatsgewalten (Exekutive, Legislative und Judikative) unabhängig voneinander arbeiten zu lassen, was sie auch in diesem Fall zu tun gedenke.

Der Entscheid des spanischen Gerichts ist ein harter Schlag für die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) und bringt die Regierungspartei in eine schwierige Lage. Einerseits versprach Portillo bei der Amtsübernahme, den Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) nachzukommen und der Straffreiheit ein Ende zu setzen, andererseits

schliesst sich der Kreis um seinen eigenen Parteigänger und Kongresspräsidenten Ríos Montt immer enger. Deswegen bisherige AnhängerInnen - unter ihnen der Vizepräsident Francisco Reyes und der Aussenminister Gabriel Orellana - werden ihn wohl weiterhin durch dick und dünn verteidigen, wie sie das seit den achtziger Jahren gemacht haben. Der General kann auch auf die Unterstützung des militärischen Flügels der FRG zählen sowie auf die Kader des Geheimdienstes, der sog. *Cofradía*.

Die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) forderte die Bildung einer Kommission innerhalb des Kongresses, die abklären soll, ob es Möglichkeiten gibt, Ríos Montt vorübergehend von seinem Amt zu suspendieren. Der Abgeordnete der *Allianz Neue Nation* (ANN), Alfonso Bauer Paiz, würde zwar eine solche Massnahme begrüssen, glaubt jedoch nicht daran, dass eine solche Kommission überhaupt gebildet werden kann, solange Ríos Montt Kongresspräsident ist.

Wie sich Präsident Portillo selber zur Klage gegen seinen Kollegen stellt, darüber gibt es bisher nur Spekulationen. Es wird jedoch eher daran gezweifelt, dass er sich gegen Ríos Montt stellen wird und deshalb die Polarisierung einmal mehr nach dem klassischen Muster ablaufen wird: Der Staat wird die Angeklagten in Schutz nehmen und von seinen Angestellten Loyalität verlangen. Für lokale PolitikerInnen wird es einfacher sein, die Position "kein Kommentator" einzunehmen. Schwieriger wird es

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Birmensdorferstr. 116
8003 Zürich
Tel. 01/ 462 98 74
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

für Leute in diplomatischen Positionen sein, von denen erwartet wird, die Politik der Regierung nach Aussen zu vertreten.

Die Linke

Auch die Linke innerhalb der Regierung ist herausgefordert. Eigentlich mussten sie ja bereits mit einer Anklage Ríos Montt's rechnen, als sie das Angebot Portillos annahm, in seiner Regierung mitzumachen. Diejenigen, die aus der Menschenrechtsbewegung kommen und die Militäregimes immer schon kritisiert haben (z.B. Edgar Gutiérrez, ehe-

mals Mitarbeiter des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHA) und heutiger Sekretär für Spezielle Angelegenheiten, oder Otilia Lux de Cotí, ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission und heutige Kulturministerin) werden in einer schwierigen Situation stecken, wenn es zu einer Anklage Ríos Montt's in Spanien kommt. Es wird die Feuerprobe sein, um herauszufinden, was die linken AnhängerInnen Portillos innerhalb der Regierung erreichen können. Werden sie sich öffentlich für eine Verurteilung des Generals aussprechen, werden sie einen noch schwierigeren Stand innerhalb der Regierung haben.

Werden sie sich mit Kommentaren zum Thema zurückhalten, sind die Verrats-Vorwürfe ihrer ehemaligen GenossInnen berechtigt. Ihr einziger bisheriger Kommentar war, dass die internationale Konjunktur die Stellung Ríos Montt's schwäche und den 'Portillisten' Aufwind gebe.

Fazit

Ríos Montt: "Die Diskussion um die Klage Rigobertas gegen mich, wird die guatemalteckische Gesellschaft spalten".

Rigoberta Menchú: "Die guatemalteckische Bevölkerung ist bereits gespalten".

Maquilabesitzer verlassen das Land: Bedrohung oder Taktik?

San Pedro Sacatepéquez, 4. April. Mehrere Maquilabesitzer in der Region wurden in letzter Zeit Opfer von Erpressungen und Entführungen. Gemäss der Aussage eines betroffenen Maquilabesitzers begannen diese Erpressungen bereits 1996 und belaufen sich unterdessen auf Summen zwischen 200 und 800 Tausend Quetzales (27- 110 Tausend US-\$). Dafür verantwortlich seien in der Gegend operierende kriminelle Banden.

Bisher hätten die bedrohten Unternehmer keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht, da sie in diese Institution kein Vertrauen hätten, erklärte der Betroffene. Ausserdem seien vor zehn Tagen drei Mitglieder einer dieser kriminellen Banden freigesprochen wor-

den und die Unternehmer befürchten nun Racheakte. Die drei waren der Entführung der Tochter eines Maquilabesitzers angeklagt, mussten aber freigelassen werden, da verschiedene ZeugInnen ihre Aussagen widerriefen.

Einige der bedrohten Maquilabesitzer entschieden sich nun dafür, aus Sicherheitsgründen das Land zu verlassen. Verschiedene Volksorganisationen forderten daraufhin den Staat dazu auf, seiner Verpflichtung nachzukommen und seinen BürgerInnen ein sicheres Leben zu garantieren. Ausserdem forderten sie eine genaue Untersuchung der Situation der Unternehmer.

Laut Olga Rivas von der *Frauen-gruppe zur Verbesserung der Familien-*

situation (GRUFEPRIMEFAM) können durch den Weggang dieser Maquilabesitzer über zehn Tausend Personen, in erster Linie Frauen, ihre Arbeit verlieren. Rivas ist sich jedoch nicht sicher, ob die vermeintlichen Erpressungen und Entführungen bloss eine Taktik sind, um das Land verlassen zu können, ohne den Angestellten Löhne und Entschädigungen bezahlen zu müssen, oder ob es wirklich stimmt, was die Unternehmer sagen. Sie forderte die Staatsanwaltschaft und das Arbeitsministerium auf, sofort etwas zu unternehmen.

Diesen Forderungen schloss sich die *Guatemalteckische Frauengruppe* (GGM) und die *Gewerkschaftsunion* (UNSI TRAGUA) an.

Waldbrände im ganzen Land

Guatemala, 7. April. Die seit einigen Wochen im ganzen Lande wütenden Waldbrände sind einerseits auf die Trockenheit zurückzuführen und werden andererseits der Tatsache zugeordnet, dass immer noch sehr viele Bauern am Ende der Ernte ihr Land abbrennen bzw. sogenannte 'kontrollierte Brände' eine nach wie vor beliebte Methode der Waldrodung ist. Das Problem an dieser Art Feldreinigung ist, dass sämtliche Kleintiere an der Erdoberfläche sowie die auf den Feldern stehenden Bäume zerstört werden.

Eigentlich sind Waldbrände in dieser Jahreszeit eine 'normale' Erscheinung in Guatemala, mit der Ausnahme, dass sie dieses Mal in grösserem Ausmass als sonst stattfinden. Am schlimmsten betroffen sind die Regionen Quetzaltenango, Sololá, Quiché, Baja Verapaz, Zacapa, El Progreso und Petén.

Der Direktor des *Nationalen Insti-*

tutes für Wald (INAB), Marco Aurelo Juárez gab bekannt, dass im Verlaufe dieses Jahres bereits über 200 Brände verzeichnet wurden und eine Fläche von rund 50 km² Wald zerstört worden. (Diese Zahl entstammt zwar den offiziellen Angaben, ist aber wohl einem Umrechnungsfehler zum Opfer gefallen. Die Redaktion.) Als Gründe nannte auch er das Abbrennen der Felder, ohne genügend Vorkehrungen zu treffen. Naturschutzorganisationen empfahlen, das abzubrennende Gebiet mit einem zwei bis fünf Meter breiten, gerodeten Streifen vom nächsten Feld abzutrennen. Ausserdem rieten sie, Brandrodungen vor neun Uhr morgens vorzunehmen.

Ein weiterer Grund für die Verbreitung von Bränden sieht Juárez in den hohen Temperaturen und den starken Winden. In der Sierra de Las Minas, Zacapa, hat dies dazu geführt, dass es an Orten brannte, wo es seit zehn Jahren

keine Brände mehr gegeben hat. Luís Méndez von der Umweltorganisation *Areas Protegidas* befürchtete, dass in der Sierra de Las Minas durch die Brände die ganze Flora und Fauna zerstört wurde.

Dazu kommt, dass die Brände nur sehr schlecht bekämpft werden können: Trupps, zusammengestellt aus Militär, Feuerwehr und Freiwilligen werden losgeschickt, um mit der *Machete* Breschen zu schlagen, damit sich die Brände nicht ausdehnen können. In Quetzaltenango gelang es in vierzehntägiger Arbeit, eine zwei Meter breite und vier Kilometer lange Bresche zu schlagen und somit drei Brände zu löschen.

Einzig in Orintepeque, Quetzaltenango, wurde ein Helikopter eingesetzt, um die Brände zu bekämpfen. Kosten: 100 US-\$/Stunde. Im Petén löschten sich 26 der insgesamt 32 Brände nach einem eintägigen Regenschauer von alleine.

Landesweite BäuerInnenproteste

Guatemala, 2. April. "Ein Bauer ohne Land ist ein Bauer ohne Frieden"; diese altbekannte Parole drückte auch bei den jüngsten BäuerInnenprotesten das Grundanliegen der Demonstrierenden aus.

Rund 10'000 Personen aus dreizehn Departementen folgten dem Aufruf der *Nationalen Indigena- und BäuerInnenkoordination* (CONIC) und kamen am 1. April, anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des *Abkommen über die Identität und Rechte der Indigenen Bevölkerung*, zu einer Demonstration in die Hauptstadt. Während der fünfständigen Aktion wurde vor verschiedenen Regierungsstellen Halt gemacht und Forderungskataloge überreicht.

Die erste Station waren die Büros des *Nationalen Landfonds* (FONTIERRA). Empfangen wurden sie dort vom Geschäftsführer der Institution, Roberto Contreras, der versprach, eine Lösung für ihre Forderungen zu suchen.

Die nächste Station war das Kongressgebäude. Obwohl bereits Tage zuvor ein Treffen mit Kongresspräsident Efraín Ríos Montt beantragt worden war, stand der Demonstrationszug dort vor verschlossenen Türen.

Im Nationalpalast hingegen wurde einer Delegation der Demonstrierenden

eine Audienz gewährt. Empfangen wurden die BäuerInnenvertreterInnen von Rubén Calderón (Friedenssekretär der Regierung), Rolando Zet (Sekretär für spezielle Angelegenheiten), Isaf Marroquin vom Landwirtschaftsministerium und Pedro Palma Lau, Direktor von FONTIERRA.

Den Staatsvertretern wurde ein Dokument überreicht, das insgesamt fünfzehn Forderungen enthielt. Die Hauptforderungen lauteten: 'Stopp den gewaltsamen Räumungen von Landbesetzungen', 'Aufhebung der Haftbefehle gegen VertreterInnen der BäuerInnen'. (In den rund zehn Wochen seit Portillos Amtseinführung haben bereits neun gewaltsame Räumungen stattgefunden, gegen 56 BäuerInnenvertreterInnen sind Haftbefehle ausgestellt.)

Weitere Forderungen war eine Budgeterhöhung für FONTIERRA und eine neue Politik in Sachen Kreditvergabe in der Landwirtschaft. Dazu kam die Forderung nach dem Schutz der Menschenrechte und der vollständigen Umsetzung der Friedensabkommen.

Die Vertreter der Exekutive versprachen, eine Kommission einzusetzen, um die Landstreitigkeiten sowie die Kreditvergabe an kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe zu analysieren. Weiter

versprachen sie, die Forderungen der BäuerInnen in das Regierungsabkommen (pacto de gobernabilidad) aufzunehmen. Erste konkrete Schritte sollten bis Ende Mai eingeleitet sein, versprachen die Regierungsvertreter.

Auch in anderen Landesteilen gingen die BäuerInnen mit ihren Anliegen auf die Strasse:

Die *Nationale BäuerInnenkoordination* (CNOC) rief im Vorfeld der landesweiten Demonstration vom 1. April zu regionalen Aktionen auf. In den Hauptorten der Departemente Izabal, Totonicapán, Sololá, San Marcos und Quiché wurden den jeweiligen regionalen Behörden Forderungskataloge überreicht, die sich weitgehend mit den nationalen Forderungen deckten. CNOC kündete für den kommenden 5. Mai eine weitere BäuerInnendemonstration an, um gegenüber der Regierung den Druck aufrechtzuerhalten.

Auch in Escuintla und Baja Verapaz fanden Demonstrationen statt, die sich aber mehr auf konkrete regionale Probleme konzentrierten. In Escuintla standen die Forderungen im Zeichen der Entlassung von Angestellten des Unternehmens Z-GAS, in Baja Verapaz ging es um die illegale Verhaftung von Bauern und Bäuerinnen.

Erneute Verzögerung des Freihandelsabkommens

Mexiko, 8. April. Die mexikanische Regierung hat das Teilabkommen (APP) über Begünstigung von Einfuhrzöllen mit den Ländern Zentralamerikas um weitere 30 Tage verlängert. Im Falle von Guatemala umfasst der APP Einfuhrbegünstigungen für rund 900 Produkte aus den Industriebereichen Kautschuk, Textilien, Leder, Alkohol, Karton, Speiseöl etc. Insgesamt machen diese Exporte einen Jahresumsatz von ca. 100 Millionen US-\$ aus.

Der APP ist aber nur ein Schritt auf dem Weg zu einem umfassenderen Freihandelsabkommen (TLC) zwischen Mexiko und den Ländern des sog. *Triangulo Norte* (TN), Honduras, El Salvador und Guatemala. Die Verhandlungen über die Unterzeichnung des TLC laufen seit 1993, wurden aber immer wieder von den einzelnen Staaten abgebrochen oder boykottiert.

Unterdessen heisst es aber einmal mehr, die Unterzeichnung des TLC stehe kurz vor ihrem Abschluss. Von den insgesamt 10'000 Produkten, die das Freihandelsabkommen umfasst, sei man bei ca. 99,5% zu einer Einigung gekommen, heisst es. Divergenzen gebe es im

Moment noch bei Produkten aus der Textilindustrie.

Laut dem guatemaltekischen Wirtschaftsminister, Eduardo Weymann, geht es bei den ausstehenden Verhandlungen nur noch um Detailfragen und er beurteilt es als durchaus realistisch, dass der Vertrag innerhalb der nächsten 30 Tage abgeschlossen wird. Für Enrique Lacs, Vertreter des guatemaltekischen Handelssektors, müssen jedoch noch einige Grundsatzfragen diskutiert werden, was noch länger dauern kann.

Das eingangs erwähnte Teilabkommen (APP) wird einseitig von Mexiko gewährt und muss von diesem Land immer wieder neu bestätigt werden. Insofern dient es Mexiko als Druckmittel auf die Länder Zentralamerikas, um die Verhandlungen um den TLC voranzutreiben.

Im Gegensatz zu Mexiko, wo sich Organisationen der Zivilgesellschaft klar gegen die Globalisierung und die damit zusammenhängenden Freihandelsabkommen aussprechen, findet in Guatemala die Diskussion darüber fast ausschliesslich in Wirtschaftskreisen statt.

Das *Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES)

befürchtet, dass die Zentralamerikanischen Länder bei dem Handel schlecht abschliessen werden. Es würde bei der ganzen Diskussion immer vom Stand der mexikanischen Industrie ausgegangen, die einiges weiter entwickelt sei als diejenige Guatemalas. Laut *IPES* müsste dieser Unterschied in einem Vertragsabschluss über Freihandel unbedingt berücksichtigt werden, um diesen Ländern die Chance zu geben, innerhalb von fünf bis zehn Jahren effektiv wettbewerbsfähig zu sein. Sonst würde die guatemaltekische Wirtschaft innert kürzester Zeit in den Ruin getrieben, meinte *IPES*. Weiter forderte die Institution den Einbezug der Zivilgesellschaft in die Diskussion um ein Freihandelsabkommen.

Der Protest der mexikanischen Zivilgesellschaft richtet sich in erster Linie gegen die Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und Kanada sowie mit der Europäischen Union. Diesen Ländern gegenüber besteht das selbe Entwicklungsgefälle wie zwischen Mexiko und den Zentralamerikanischen Ländern. Deshalb kann ein Freihandelsabkommen nie demokratisch und gerecht sein.

US-Truppen in Guatemala?

Guatemala, 4. April. Der Kongress muss über eine Initiative entscheiden, die US-amerikanischen Militärtruppen erlauben will, auf guatemaltekischem Terrain bei der Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens mitzuwirken. Die Initiative verlangt, den US-Amerikanern den Zugang auf dem Land-Luft- und Wasserweg zu gestatten. Die Kommission für Militärfragen des Kongresses empfahl die Initiative zur Annahme.

Die Möglichkeit, US-amerikanische Truppen im Land zu haben, löste die unterschiedlichsten Reaktionen aus. GegnerInnen befürchten, dass damit die Souveränität des Landes verletzt werde. Der *Menschenrechtsbeauftragte der Nation*, Julio Arango, meinte, die beste Art um Drogenhandel und Kriminalität zu bekämpfen sei, in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes zu investieren.

Diesem Votum schloss sich Eddy Armas von der *Versammlung der Zivil-*

gesellschaft (ASC) an. Man müsse die Bemühungen der zivilen Kräfte gegen die Delinquenz unterstützen. Dies sei nicht die Aufgabe der Armee, schon gar nicht einer ausländischen, meinte Armas.

Für Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) ist die Anwesenheit von US-Truppen fragwürdig wegen der Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen, die dieses Land in Guatemala hat. "Wir wehren uns gegen diese Militärpräsenz, da sie unsere Souveränität in Gefahr bringt. Falls diese Initiative angenommen wird, muss garantiert sein, dass sich die US-Amerikaner nicht in unsere politischen Angelegenheiten mischen", meinte Polanco.

Arabella de Leon, Kongressabgeordnete der PAN meinte, die Initiative sei eingereicht worden mit dem Wissen, dass sie eine kontroverse Diskussion auslösen wird und mit dem Ziel, von anderen, wichtigeren politischen Geschehnissen abzulenken, wie z.B. der

Klage Rigoberta Menchú's gegen Ríos Montt.

Luís Mijangos, Sekretär des Präsidenten, verteidigte die Initiative mit der Begründung, kein Land könne im Alleingang den internationalen Drogenhandel bekämpfen.

Die US-amerikanische Botschafterin in Guatemala, Prudence Bushnell, entschärfte die Diskussion, indem sie einwandte, dass die Hilfe ihres Landes rein logistischer und materieller Natur sei. Es handle sich um ein Missverständnis und es sei nie die Rede davon gewesen, Truppen nach Guatemala zu entsenden.

Dies wiederum enttäuschte den Chef der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC), Baudilio Portillo Merlos: Die Unterstützung der USA bei der Bekämpfung des Drogenhandels sei notwendig. Aber es genüge nicht, dass sie einfach nur Helikopter zur Verfügung stellten, da Guatemala gar nicht über ausgebildetes Personal verfüge, um diese Maschinen zu bedienen, erklärte er.

Streit um öffentlichen Transport geht weiter

Guatemala, 9. April. Das Verkehrsministerium gab bekannt, dass die Überwachung der Überlandbusunternehmen und Transportfirmen durch die Regierung um weitere 60 Tage verlängert werde. Diese Massnahme wurde ergriffen als Konsequenz eines Streikes dieser Unternehmen Anfang März, wodurch der Transportverkehr im ganzen Land während mehrerer Tagen zum Erliegen kam (siehe *fijate* 206).

Die Busunternehmen der Hauptstadt hatten sich damals explizit nicht an diesem Streik beteiligt, da sie in Verhandlung mit dem Bürgermeister Fritz García-Gallont standen und diese nicht gefährden wollten. Bei den Verhandlungen ging es darum, dass die Regierung entweder die Erhöhung der Fahrpreise zulässt, oder die Busunternehmen subventioniert.

Einen erneuten Höhepunkt haben die Proteste der städtischen Busunternehmen am 31. März gefunden, als ca. 100 Autobusse den Verkehr in der 6. und 7. Avenida blockierten, zwei der permanent verstopften Strassen des Zentrums. Gleichzeitig forderten Vertreter der *Vereinigung der urbanen Autobusse* (AEAU) bei der Stadtverwaltung das Ende der Beschlagnahmung von Bussen, die offene Rechnung nicht bezahlten Darlehen haben. Weiter forderten sie finanzielle Unterstützung durch die Regierung und die Erhöhung der Fahrpreise.

Daraufhin gab Bürgermeister García-Gallont bekannt, dass die Fahrpreise erhöht würden und zwar um 25 Centavos auf einen Quetzal für 'normalen' Service und auf höchstens 1.40 Quetzales für den 'speziellen' Service, gültig ab 24. April. (Der Unterschied zwischen 'normal' und 'speziell' ist, dass die 'speziellen' Busse dadurch, dass sie teurer sind, meist weniger überfüllt sind als die 'normalen'.)

Die *sektorenübergreifende Kommission*, die sich gebildet hatte, um das Transportproblem in der Hauptstadt zu analysieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, fühlt sich durch die Massnahme des Bürgermeisters übergangen und lehnt die Fahrpreiserhöhung ab.

Auch die StudentInnen- und Volksorganisationen sind strikt gegen die Erhöhung der Fahrpreise und riefen die Bevölkerung zu gewaltlosen Widerstand auf. Von der Regierung wird gefordert, dass sie sämtliche zur Verfügung stehenden Transportmittel einsetzt. "Früher haben sie uns direkt erschossen, heute bringen sie uns um, indem sie unsere ökonomischen und sozialen Rechte verletzen", meinte Rosario Pú vom *Komitee für BäuerInneneinheit* (CUC).

Er habe genaue zwei Möglichkeiten gehabt, meinte Bürgermeister García-Gallont, entweder das Transportwesen zu subventionieren oder einer Erhöhung der Fahrpreise zuzustimmen. Doch weder Präsident Alfonso Portillo noch

Ríos Montt hätten einer Subventionierung zugestimmt und so sei ihm nichts anderes übriggeblieben als die Fahrpreiserhöhung. Er sei sich durchaus bewusst, dass unter solchen Massnahmen in erster Linie die BenutzerInnen des öffentlichen Verkehrs zu leiden hätten.

Entminungsprogramme erfolgreich

Guatemala, 6. April. Insgesamt 2794 Minen und sonstige Sprengkörper konnten bisher in den dreizehn Departementen, in denen die Entminungsprogramme laufen, deaktiviert werden, informierte der Präsident der zuständigen Kommission des Kongresses, Urbano Franco.

Vor kurzem hat die Entminung im Departement Quiché begonnen. Speziell betroffen in dieser Region ist das als *Triangulo Ixil* bekannte Gebiet. Der schwierigste Teil der ganzen Arbeit ist das Lokalisieren der Sprengkörper. Auch wenn gewisse Gebiete als stark vermint bekannt sind, verschieben sich die Minen bei Regenfällen, Überschwemmungen und Erdbeben immer wieder.

Bei den Entminungsprogrammen machen die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA), das guatemaltekische Militär, Demobilisierte der Guerilla sowie die freiwillige Feuerwehr mit.

Konflikt auf Bananenplantagen: Widersprüchliche Aussagen

Guatemala, 4. April. Überraschend gab Arbeitsminister Juan Francisco Alfaro Mijangos Ende März während einer Pressekonferenz bekannt, der Konflikt zwischen dem Bananenmulti BANDEGUA, Tochterfirma der *Del Monte Fresh Produce*, und der Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen in Izabal (SITRABI), sei gelöst. Die rund 900 im letzten September entlassenen ArbeiterInnen würden wieder eingestellt, es sei ein Tarifvertrag ausgehandelt worden und die Angestellten hätten das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ausserdem würden die genossenschaftlichen Läden von SITRABI auf den Fincas wieder geöffnet, der Transport zwischen den verschiedenen Fincas funktioniere wieder und BANDEGUA stelle die Räumlichkeiten zu Verfügung, damit die ArbeiterInnen ihre Versammlungen abhalten könnten. Weiter würden die durch den Konflikt geschädigten Gewerkschaftsvertreter entschädigt und BANDEGUA biete denjenigen Arbeit im

Ausland an, die aus Sicherheitsgründen nicht mehr in Guatemala leben könnten. Ende gut, alles gut?

Mitnichten. Zwei Tage nach Alfaro Mijangos Erklärung sagte der Generalsekretär für Konflikte von SITRABI, Enrique Villedas, er verstünde nicht, wie der Arbeitsminister auf die Idee käme, so etwas zu erzählen. Die Verhandlungen zwischen BANDEGUA und SITRABI seien unterbrochen, weil BANDEGUA die Inkraftsetzung eines Abkommens daran koppelt, dass die Gewerkschaft ein Dokument unterschreibt, in dem sie eine Beteiligung von BANDEGUA bei den Vorfällen in Morales letzten Oktober leugnet.

Das einzige was z.Z. existiere, ist ein Abkommen zwischen der *Internationalen ArbeiterInnenunion im Lebensmittelbereich* (UITA) und *Del Monte*, das aber erst an die guatemalteckische Verfassung angepasst werden müsse.

Nach dem Vorfall in Morales, wo bewaffnete Männer in das Gebäude von

SITRABI eindringen und die Gewerkschafter zwingen, ihren Rücktritt bekanntzugeben, drohten die Vereinigten Staaten damit, die Einfuhrerleichterungen für guatemalteckische Produkte zu streichen.

Villedas meinte, die Aussagen Mijangos seien ein politischer Schachzug. Er werde nächstens an einer Sitzung der Internationalen ArbeiterInnenorganisation (ILO) teilnehmen und tue nun so, als sei in Guatemala alles in Ordnung. Ebenso Alfonso Portillo, dem ein Treffen mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) bevorstehe.

Unterdessen sind in Morales zweimal die für den Fall zuständigen Richter ausgewechselt worden und bis auf zwei, alle für den Überfall auf das Gewerkschaftshaus Verantwortlichen gegen Kautionsfreilassung. Die zwei Verbliebenen sitzen aber nicht im Gefängnis, weil sie besonders gefährlich sind, sondern weil sie das Geld für die Kautions nicht aufbringen konnten.

Schöne Worte vor der UNO-Menschenrechtskommission

Guatemala, 6. April. Bei der im Moment in Genf stattfindenden Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission hat die guatemalteckische Regierung zugegeben, dass in ihrem Land ein Problem der öffentlichen und juristischen Sicherheit besteht.

Damit bezog sich der Vorsitzende der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH), Hugo Godoy, auf die Übergriffe und Willkürlichkeiten der Polizei, auf die fehlende Kapazität der Behörden, Strafdelikte zu verfolgen, speziell dann, wenn diese von Mitgliedern der Regierung begangen werden sowie den fehlenden Zugang zu Gericht

ten eines grossen Teils der Bevölkerung.

Godoy fügte zwar an, es sei ein Reformprozess und eine Modernisierung im Justizwesen im Gange. Nach wie vor sei aber der Einfluss des Militärs bei gewissen Untersuchungen behindernd.

Ein weiteres Problem, das Godoy in seinem Bericht zu Händen der UNO erwähnte, ist dasjenige der Kinderprostitution. Wie das schon die Sonderbeauftragte der UNO für Kinderrechte, Ofeilia Calcetas-Santos, in ihrem Bericht erwähnte, sei dies ein Problem, von dem die guatemalteckische Gesellschaft gequält sei und die einzige Lösung dafür sehe er in einer verstärkten interna-

tionalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Kinderhandels.

Der PAN-Kongressabgeordnete Pablo Duarte kritisierte die Rede Godoy's mit der Erklärung "alles nur schöne Worte, solange die Regierung nichts gegen die des Völkermordes angeklagten Militärs unternimmt".

Auch die zur Zeit in Genf weilenden VertreterInnen der Menschenrechtsorganisationen kritisieren den Bericht der COPREDEH: Er sei absolut widersprüchlich zur aktuellen Regierungspolitik und die Regierung habe bisher kein Interesse daran gezeigt, die im Bericht erwähnten Probleme anzugehen.

Globalisierte Entwicklungshilfe?

Genf/New York, 3. April. In seinem Bericht an die Millenniums-Generalversammlung der Vereinten Nationen bezeichnet UNO-Generalsekretär Kofi Annan die Globalisierung als eine der grössten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die internationale Gemeinschaft müsse dafür sorgen, dass Globalisierung mehr als nur die Öffnung des weltweiten Marktes bedeute und dass der neuerworbenen Wohlstand allen zugute komme. Angesichts der Tatsache, dass zur Zeit noch über eine Milliarde Menschen mit weniger als einem Dollar täglich überleben müssen, Hunderte von Millionen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und die

Hälfte der Weltbevölkerung noch nie einen Telefonanruf getätigt habe, sei ein solches Ziel in weiter Ferne, meinte Annan.

Um den Anschluss der Entwicklungsländer an das neue Zeitalter sicherzustellen kündigte er die Schaffung eines Freiwilligenkorps der Vereinten Nationen an, das künftig in den Ländern des Südens für die Verbreitung und Anwendung des Internets und anderer neuer Informationstechnologien sorgen wird. Die UNO will zudem 10'000 Internetadressen in Spitälern dieser Länder einrichten, damit diese Kliniken über die medizinischen Entwicklungen informiert werde.

In Guatemala ist diesbezüglich schon einiges möglich: Das Spital *Gustavo Castañeda* in Escuintla verfügt über eine direkte Satellitenverbindung zu einem Spital in Huston, USA. Dort können SpezialistInnen per Videoübertragung bei der Operation in Guatemala 'dabeisein' und "verhindern, dass die guatemalteckischen ÄrztInnen Fehler machen". Angekündigt wird dieses technische Wunder als eine Möglichkeit für minderbemittelte Personen, komplizierte Operationen vornehmen zu lassen.

Leider wird es nach wie vor dem grössten Teil der Weltbevölkerung nicht möglich zu sein, über den nächsten Gesundheitsposten hinauszukommen...